

Griechenland

Bruch mit der EU – für ein solidarisches, nicht-kapitalistisches Europa

4. Oktober 2015

Nach den Erfahrungen in Griechenland:

Die Durchsetzung des dritten Memorandums für Griechenland markiert einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Landes und der EU.

I. Griechenland wird dadurch auf den Status einer Kolonie zurückgestuft – ein Vorgang, den es, sieht man vom Kosovo infolge des Jugoslawienkriegs ab, seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr gegeben hat. Das Land hat keine Steuer- und Haushaltshoheit mehr, das öffentliche Vermögen steht zum Ausverkauf, die Wirtschaft wird zwangsweise zu einem Anhängsel der Ökonomien in den europäischen Zentren umgewandelt und ihre Perspektive verknümpelt auf die Armenhäuser mit angehängten Erholungsgebieten für vermögende Touristen. Seine Verschuldung hat sich noch einmal drastisch erhöht, ein Schuldenschnitt ist nicht in Sicht und durch die Auszahlung der Kredite in Raten, die jeweils an eine Überprüfung der Einhaltung der Auflagen gebunden sind, bleibt es auf ewig in Schuldnichtschuld gefangen.

Für die große Mehrheit der Bevölkerung, die sich von der SYRIZA-Regierung ein Ende der Sparpolitik erhofft hatte, ist das eine dramatische Niederlage, an der auch die Kräfte in Europa teilhaben, die für eine Alternative zur neoliberalen Zurückweisung des Kontinents kämpfen. Sendet die Kapitulation vor der Erpressung durch die Troika doch ein weiteres Mal das Signal aus: Es gibt keine Alternative zum neoliberalen Kurs. Wenn selbst Linke, die mit einem Anti-Austeritätprogramm angetreten sind, das nun eingestehen – wo soll da noch Hoffnung sein?

Die griechische Bevölkerung ist jetzt auf Abwehrkämpfe zurückgeworfen, und dies auf lange Zeit. Denn die scheinbare Alternative zur Kapitulation, der Grexit, war nicht vorbereitet und von einer Mehrheit der Bevölkerung auch nicht gewollt.

Die neue SYRIZA-Regierung ist nicht mehr die alte, mit ihr verbindet sich nicht mehr die Aussicht auf einen Ausstieg aus der Austeritätspolitik, sondern der Zwang zu deren Durchsetzung. Ihr Spielraum, die Auflagen des Memorandum zu unterlaufen, ist eher geringer als vorher, die Kontrolle des griechischen Staatsapparats durch die Quadriga eher größer.

Auch die Partei ist seit der undemokratischen Durchsetzung der Abkehr vom Programm von Thessaloniki und der Abtrennung ihres linken Flügels nicht mehr dieselbe. SYRIZA ist deswegen immer noch keine Partei der Oligarchie und der alten Eliten. Sie bindet deshalb auch immer noch Hoffnungen, sie möge das kleinere Übel darstellen. Und es gibt immer noch einen linken Flügel in SYRIZA, der gegen die Austeritätspolitik ist. Doch die Parteiführung steht inzwischen hinter der Memorandumspolitik. Sie sagt nicht mehr, wie Tsipras noch im Juli: "Ich halte diesen Weg für falsch, aber es gibt keine Alternative", sondern erweckt den Eindruck, dass auf diesem Weg ökonomische und damit auch soziale Verbesserungen möglich sind. Und sie wird diese Politik notfalls mit Gewalt gegen die Bevölkerung durchsetzen. Für die sozialen Bewegungen ist die Partei als Ganzes kein Ansprechpartner mehr.

Die Erbin des OXI, des überwältigenden NEIN zur Verelendungspolitik beim Referendum vom 5. Juli, ist die SYRIZA-Linke zusammen mit all jenen, die mit ihr die "Volkseinheit" (Laki Enotita, LAE) gebildet haben. Laki Enotita, den sozialen Bewegungen und allen, die weiter gegen die Memorandumspolitik kämpfen, gilt deshalb unsere politische Solidarität.

LAE hat in ihrem Wahlprogramm allerdings den Grexit zum zentralen Instrument gemacht, sich aus der Vormundschaft der EU-Institutionen zu befreien und ein Ende der Austeritätspolitik einzuläuten. Sie ist damit ebenso wenig wie die Parteiführung von SYRIZA in der Lage, den Widerspruch aufzulösen, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Memoranden ablehnt, aber dennoch im Euro (und in der EU) bleiben will.

Das Bündnis ANTARSYA hat strategisch keine andere Antwort zu bieten, aber den zusätzlichen Malus, dass es die Notwendigkeit der politischen Einheit gegen die Austeritätspolitik nicht versteht und sich gegenüber LAE sektiererisch verhält. ANTARSYA ist dafür verantwortlich, dass LAE den Einzug ins Parlament um 10 000 Stimmen verpasst hat.

Damit landet die radikale Linke nach einem mehrjährigen Zyklus gewaltiger Klassenauseinandersetzungen abgeschlagen im Abseits.

Die Wahlen vom 20. September haben dem Grexit nochmals eine deutliche Abfuhr erteilt. SYRIZA konnte sich halten, weil sie nicht als Partei der alten Eliten wahrgenommen wird. Doch das einschneidendste Ergebnis ist die hohe Wahlenthaltung von über 43 Prozent gewesen – es ist ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung von der Politik keine grundsätzlichen Änderungen erwartet und ihr den Rücken zuwendet. Auf mittlere Sicht kann das ein Nährboden für die extreme Rechte werden.

II. Was fürs erste bleibt, sind Abwehrkämpfe gegen die Vorhaben der Quadriga aus Troika plus Europäischem Stabilitätsmechanismus (ESM): Privatisierungen, Rentenkürzungen, Beschneidung der Arbeiterrechte. Es ist möglich, auch in diesen Abwehrkämpfen Teilerfolge zu erzielen – vor allem wenn sie europäische Unterstützung erhalten. Solidarität mit der griechischen Bevölkerung ist jetzt dringender denn je. Aber die Perspektive eines zum Greifen haften gesellschaftlichen Wandels zum Positiven ist erst einmal in weite Ferne gerückt. Das wird sich erst wieder ändern, wenn sich in Rest-Europa neue Chancen dafür auftun. Die allerdings sind angesichts der Vertiefung der politischen Krise der EU jederzeit möglich.

Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen haben auf unserem Kontinent immer in einem europäischen Maßstab stattgefunden. Marx hat diesen Prozess mit Bezug auf die 1848er Revolution als "Revolution in Permanenz" beschrieben. Diese Dynamik gilt heute ganz genauso. Mit einem gravierenden Unterschied: Heute haben wir es mit einem in Teilen hochintegrierten Proto-Staatsapparat auf europäischer Ebene zu tun, der als eigenständiger Akteur auftritt, sich auf eine neoliberale Wirtschafts- und Staatsverfassung ("governance" oder "marktkonforme Demokratie") festgelegt hat und ohne demokratische Legitimation agiert. Während das Kapital sich damit ein mächtiges Instrument zur Durchsetzung seiner Interessen geschaffen hat, hat die Arbeiterbewegung dem bislang keinen vergleichbaren organisierten Zusammenhalt auf europäischer Ebene entgegengesetzt. Das ist ihre große Schwäche.

Sie ist in Griechenland noch einmal deutlich offener geworden: Hätte es eine Aussicht auf einen gemeinsamen, europaweit (oder zumindest in einigen wichtigen Ländern) koordinierten Kampf gegen die Austeritätspolitik mit einer gemeinsamen Vorstellung von einem solidarischen, sozialen, ökologischen und demokratischen Europa gegeben, wäre "Europa" der griechischen Bevölkerung nicht nur in Form des Euro und der Troika entgegengetreten, sondern auch in Form eines "Europa der Völker". Der Widerspruch zwischen dem Verbleib im Euro und der Ablehnung der Sparpakete hätte sich auflösen können.

Die Organisation einer europäischen Anti-Austeritätswegung und die Entwicklung eines gemeinsamen Programms dieser Bewegung, wie ein "anderes Europa" aussehen kann, sind die beiden wichtigsten Schlussfolgerungen, die aus dem Kampf und der Niederlage in Griechenland zu ziehen sind.

III. Die ungeheure Brutalität, mit der Griechenland für den Ausbruchversuch aus dem Zwangskors der Schuldenpolitik bestraft wurde, bestätigt die Auffassung der antikapitalistischen Linken, dass der Euro ein imperiales Projekt und die EU eine undemokratische, neoliberale, militaristische und nur den Kapitalinteressen verpflichtete Struktur ist, die Frieden, soziale Sicherheit und Solidarität in Europa nicht befördert, sondern unterminiert. Sehr viele sehen jetzt, dass ein Bruch mit dieser EU notwendig ist, wenn ein anderer gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungsweg eingeschlagen werden soll. Dabei gehen die Ansätze jedoch stark auseinander:

Während sog. "Regierungslinke", zu denen auch Teile der Partei Die Linke gehören, sich Alternativen nur über den Weg einer Reform der EU vorstellen können (was die Zustimmung zumindest einiger Regierungen der Mitgliedstaaten voraussetzt), sehen andere in Ermangelung eines starken Anziehungspots für ein "anderes Europa" keinen anderen Weg als den Austritt aus der EU bzw. der Eurozone. Der erste Weg hat sich als illusionär erwiesen: Wo es die Zustimmung von 28 Mitgliedstaaten bedarf, um die EU-Verträge zu ändern, ist der Weg der gleichzeitigen Veränderungen "von oben" nicht vorstellbar – die Dynamik des Klassenkampfes ist an die nationalen Realitäten gebunden und daher ungleichzeitig. Insofern ist es unvermeidlich, dass Länder, die einen antikapitalistischen Weg gehen wollen, aus der Eurozone aussteigen und die EU ausschließen.

Der zweite Weg propagiert den Bruch mit der EU als ersten Schritt zum Bruch mit dem Neoliberalismus. Nichts könnte falscher sein, wie man an den Programmen und der Praxis rechtskonservativer Regierungen und der Propaganda und Politik einiger rechtspopulistischer Kräfte sieht. Ihm bleibt der Makel des Nationalismus und der Europafeindlichkeit anhaften. Er macht aus einer Klassenentscheidung zwischen einem neoliberalen und einem antikapitalistischen Programm eine nationale Entscheidung zwischen der "bösen" EU und dem "guten" Nationalstaat.

Vom antikapitalistischen Standpunkt aus sind beide, die bestehenden Nationalstaaten wie auch die EU-Institutionen, Teil eines miteinander verbundenen bürgerlichen Staatsapparats, der als solcher durch Formen der sozialistischen Demokratie ersetzt werden muss.

Ein Bruch mit der EU ist also erforderlich. Damit meinen wir einen Bruch mit dem bestehenden Regelwerk der EU, nicht eine Ru?ckkehr zu Nationalstaaten. Dieses Regelwerk muss ersetzt werden durch eine nicht-kapitalistische Verfassung für die Bevölkerungen Europas, denn es hat sich gezeigt, dass die kapitalistische, auf Konkurrenz und Profitstreben gegründete Ordnung nicht in der Lage ist, ein solidarischeres Europa zu erschaffen.

Zugleich ist der Bruch mit dem jeweils eigenen Nationalstaat erforderlich. Auf welchem Weg das Ziel erreicht wird: ob der Austritt aus der Eurozone das Vorspiel zu einer antikapitalistischen Umwälzung in einem Land oder umgekehrt die antikapitalistische Umwälzung in einem Land Vorspiel zur Aufkündigung der EU-Verträge ist, ist im Vorhinein nicht zu bestimmen und bleibt der Dynamik der Klassenauseinandersetzungen vorbehalten. In jedem Fall braucht es beides: Das Vertragswerk von Maastricht und Lissabon muss ersetzt werden durch ein Vertragswerk, das auf Kooperation statt Wettbewerb beruht; und die kapitalistischen Eliten im jeweils eigenen Land müssen entmachtet werden. Kämpfe im nationalen Maßstab müssen europaweit ausgeweitet und durch Forderungen nach gemeinsamen sozialen Standards und einer Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben in Europa ergänzt werden. Dann spielt es nur noch eine untergeordnete Rolle, welche Schritte zuerst unternommen werden.

Einen solchen Ansatz hat es in Griechenland nicht gegeben, weder von Seiten der Regierung noch von Seiten der linken Opposition innerhalb und außerhalb von SYRIZA. Die Regierung hat versucht, die Front der EU-Regierungen aufzubereiten, hat von den sozialliberalen Regierungen Italiens und Frankreichs aber eine Abfuhr bekommen und sich nicht getraut, bis zum letzten auszusteigen, was passieren würde, wenn sie beim NEIN zu den Memoranden bleibt. Sie hat keine Schritte unternommen, um eine Brücke zu den Anti-Austeritätskämpfern in anderen EU-Staaten zu schlagen (dies wäre mit einer konsequenten Politik der Ablehnung des Schuldendienstes möglich gewesen), noch hat sie die griechische Bevölkerung gegen die Oligarchie und gegen den korrupten griechischen Staatsapparat mobilisiert und einen Weg aufgezeigt, wie er durch Formen der Selbstorganisation der Bevölkerung ersetzt werden kann. Sie hat einen Burgfrieden mit den Konservativen geschlossen und keine Schritte unternommen, das Bankensystem unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das Potential an Veränderungen im Land wurde dadurch nicht ausgeschöpft und nach außen wurde nicht klar, in welcher Weise das Programm von SYRIZA ein Beispiel für andere Bevölkerungen in der EU sein kann.

Von der linken Opposition und den sozialen Bewegungen gab es nur begrenzte Vorschläge in dieser Richtung. Unter diesen Bedingungen hat auch die Solidaritätsbewegung den Sprung von der Solidarität zum gemeinsamen Kampf nicht geschafft. Tatsache ist, dass Griechenland für alle ein Laboratorium gewesen ist, aus dem auch die Linke für die weitere Entwicklung der EU Lehren zu ziehen hat.

IV. Von allen Regierungen der EU-Staaten sticht die deutsche Bundesregierung als diejenige hervor, die maßgeblich und am vordersten Front für das Debakel und für die Folgen, die es für die weitere Entwicklung in Griechenland hat, verantwortlich ist – sie, nicht die griechische Regierung, die zu einer Erfüllungshelfin degradiert wurde. Unsere wichtigste Aufgabe ist es daher, Aufklärung über das Vorgehen der Bundesregierung und der deutschen Unternehmen, die jetzt in Griechenland auf Schnäppchenjagd gehen, zu betreiben und die griechische Bevölkerung in ihren Abwehrkämpfen – möglichst in der Perspektive gemeinsamer Kämpfe – zu unterstützen.

Die Abschüttelung der Schuldrechtschuld bleibt dabei die zentrale Voraussetzung für eine gesellschaftliche Alternative. Eine europäische Schuldenkonferenz könnte helfen, das Thema auch in anderen Ländern wieder auf die Tagesordnung zu setzen, die immer noch unter den Folgen der Bankenrettungspolitik leidet.

Die politische Krise in der EU hat sich durch die Griechenland-"Lösung" vertieft, die Lage ist keineswegs stabilisiert. Die Wahlerfolge von Jeremy Corbyn in England oder der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien, die enorme Welle der Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge in Deutschland und anderen Ländern zeigen: Es gibt weiterhin ein großes Widerstandspotential und die Bereitschaft zur Solidarität.

Die Lösung liegt nicht in der Rückkehr zum Nationalstaat. Sie liegt in gemeinsamen Mobilisierungen wie die gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP am 10.10. gegen die Klimapolitik der Regierungen im Dezember, für europäische Mindestlöhne und gemeinsame soziale Rechte und Standards, in den "Märschen für die Würde" und im gemeinsamen Kampf gegen die Festung Europa. Erfreulicherweise hat das griechische Debakel auch den Impuls gegeben zu mehr europäischen Initiativen: etwa die von Blockupy zu einem europäischen Aktiventreffen im November; der Aufruf von Varoufakis u. a. zum zivilen Widerstand gegen die Eurogruppe; der Aufruf von Antonis Ntavallos, Olivier Besancenot und Miguel Urbán zu einer europäischen Konferenz des sozialen und politischen Widerstands ...

Diese Initiativen sollten in eine stärkere Vernetzung und Verzahnung unserer Kämpfe und systematische, zugleich geführte Debatten über den Entwurf einer neuen sozialen und politischen Ordnung in Europa münden. Stichworte für einen solchen, letzten Endes verfassungsgebenden Prozess wären: ökologische Umorientierung der Wirtschaft und grundlegende gesellschaftliche Aufwertung der reproduktiven Arbeit; Abkehr von globalen Wertschöpfungsketten; gleiche soziale und politische Rechte; gemeinsame soziale Standards und Angleichung der Lebensverhältnisse nach oben; direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen – umfassende sozialistische Demokratie; offene Grenzen und Rückerstattung der Kolonialschulden Europas.

internationale sozialistische linke (isl)

von der Bundesweiten Mitgliederversammlung der isl am 3./4.10.2015 diskutiert und verabschiedet

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 4. Oktober 2015
in der Kategorie: **Griechenland, isl, Positionen.**